

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/93

16. Mai 1977

Uneingeschränkte Unterstützung I

Helmut Schmidt wurde vor drei Jahren zum Bundeskanzler gewählt

Von Dr. Jürgen Schmaude MdB
Fraktionsvortandsmitglied und Vorsitzender des
Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Hilfe für Aussiedler geht alle Deutschen an

Auch bei der gesellschaftlichen Eingliederung muß
geholfen werden

Von Walter Haack
Referent für Aussiedler-Fragen der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Vertrauensarbeit in der Bildungspolitik

Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungs-
bereich gegründet

Seite 5 / 41 Zeilen

Uneingeschränkte Unterstützung !

Helmut Schmidt wurde vor drei Jahren zum Bundeskanzler gewählt

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

**Fraktionsvorstandmitglied und Vorsitzender des Arbeitskreises I
der SPD-Bundestagsfraktion**

Nach seiner vor drei Jahren, am 16. Mai 1974, erfolgten Wahl zum Bundeskanzler sagte Helmut Schmidt zum Abschluß seiner Regierungserklärung: "Keine Regierung beginnt bei Null. Jede Regierung baut auf der Arbeit der vorhergehenden Regierungen auf, und keine Regierung kann Wunder vollbringen. Das Mögliche aber muß sie mit aller Kraft verwirklichen."

Heute ist festzustellen, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt die in dieser Aussage liegende Ankündigung in vollem Umfang verwirklicht hat. Auf der von ihm maßgeblich mitgetragenen Arbeit der sozialliberalen Bundesregierungen seit 1969 hat er nicht nur aufgebaut; er hat sie erfolgreich fortgeführt und ergänzt. Das Mögliche hat er in diesen drei Jahren in einer Maße verwirklicht, wie es auch Optimisten Anfangs kaum erwarten konnten.

Wenn ausländische Betrachter erläutern, weshalb die Bundesrepublik Deutschland z.B. in den USA weniger in die Schlagzeilen kommt als mancher andere europäische Staat, ist die Begründung ein Lob von erheblichem Gewicht. Von Schwierigkeiten und Krisen bleibe dieses Land offensichtlich verschont, nur durch seine politische Stabilität und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit falle es auf. Dieses Lob gilt dem politischen Wirken Helmut Schmidts. Es zeigt, daß er seine wichtigsten Ziele erreicht hat.

Als allzu selbstverständlich hat man hier zur Kenntnis genommen, daß die Bundesrepublik eine schwere weltwirtschaftliche Rezession weit besser überstanden hat als die meisten anderen Staaten. Dieser Vorzug, um den wir nicht nur beneidet werden, sondern aus dem andere auch handfeste Forderungen nach Hilfeleistungen ableiten, ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer erklärtermaßen auf Stabilität und wirtschaftliche Stärkung angelegten Regierungspolitik. Sie konnte nur Erfolg haben durch jederzeitige Berücksichtigung der engen Einbindung unseres Landes in die internationale wirtschaftliche Entwicklung. "Die Weltwirtschaft muß als Ganzes gesehen werden. ... Wir wurden bestärkt in unserem Bewußtsein, ... daß aber auch wir gegenseitig voneinander abhängen." Aussagen dieses Inhalts hat Helmut Schmidt unzählige Male eindringlich formuliert. Das in dieser Form wieder-gegebene Zitat aus der Erklärung der Gipfelkonferenz von London zeigt neben anderen, in welchem Maße seine Politik dort bestätigt und anerkannt worden ist.

Wirtschaftliche und politische Stabilität hat der Bundeskanzler konsequent auf der Grundlage sozialer Stabilität gesehen und angestrebt. Der

international anerkannte Erfolg bestätigt seine Wertschätzung des bestehenden und in seiner Regierungszeit ergänzten und verstärkten Systems sozialer Sicherungen und Leistungen.

Diesen Zusammenhang hat Helmut Schmidt erneut deutlich gemacht, als Terroristen versuchten, durch mörderische Anschläge die politische Stabilität unseres Staates zu erschüttern. Mit Tatkraft und Entschlossenheit hat er bei der Abwehr solcher Gefahren für die innere Sicherheit die Führung übernommen, zugleich aber unausweichlich auf Nüchternheit, Augenmaß und strenger Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bestanden.

In die Regierungszeit Helmut Schmidts fällt als herausragendes außenpolitisches Ereignis die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki. Gegen heftigen Widerstand der Opposition hat seine Regierung den Beitritt zu dieser Erklärung durchgesetzt. Die Rolle der Bundesrepublik im internationalen Kräftefeld wurde damit weiterhin gestärkt, für eine Zukunft der Entspannung und des Friedens wurden Voraussetzungen geschaffen, deren inzwischen erkennbare Wirkungen die Kritiker von damals beschämen. Helmut Schmidts persönlicher Einsatz in Helsinki galt außerdem der Verbesserung des Verhältnisses zur DDR und dem Abschluß der Vereinbarungen mit der Volksrepublik Polen, die nach erfolgreichen innenpolitischen Auseinandersetzungen seit März 1976 in Kraft sind.

Daß die Lebensfähigkeit Berlins auf die Dauer nicht durch Krisenbeschwörung und Stimmungsmache gesichert werden kann, hat der Bundeskanzler klar erkannt und durch Initiativen zur Stärkung der Stadt umgesetzt. Die Aussage in der Berlin-Erklärung von London, "daß es sich auch weiterhin lohnt, in den Westsektoren Berlins zu investieren und zu arbeiten", zeigt nicht nur die Handschrift Helmut Schmidts; sie ist die Bestätigung seiner Berlin-Politik durch die Westmächte und zugleich Ermutigung für uns alle.

Der schwierigen Aufgabe der Friedenssicherung durch Abrüstung widmet sich der Bundeskanzler ebenso energisch wie nüchtern. Bei den Partnern der Londoner Gipfalkonferenz hat er auch mit dieser Haltung volle Zustimmung gefunden.

Die Regierungspolitik des Bundeskanzlers Helmut Schmidt verbindet verantwortungsbewußten Realismus mit dem mutigen Drängen zu fortschrittlicher Entwicklungen. Seine persönliche Kraft hat dieser Bundeskanzler bei seiner politischen Arbeit in kaum vorstellbarem Maße eingesetzt. Die geduldige Auseinandersetzung mit Kritikern, das Aufgreifen vieler ihrer Anregungen, und vor allem den respektvollen und kooperativen Umgang mit dem Parlament hat er dabei nicht zu kurz kommen lassen.

Die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sieht das Vertrauen, das sie am 16. Mai 1974 in Helmut Schmidt als Bundeskanzler gesetzt hat, durch die drei Jahre seiner Kanzlerschaft gerächtigt und bestärkt. Mit seinem weiteren Wirken verbindet sie die besten Erwartungen. Ihrer uneingeschränkten Unterstützung kann er sicher sein.

(-/16.5.1977/ks/lo)

+ + +

Hilfe für Aussiedler geht alle Deutschen an

Auch bei der gesellschaftlichen Eingliederung muß geholfen werden

Von Walter Haack

Referent für Aussiedler-Fragen der SPD-Bundestagsfraktion

Im Dezember 1975 haben Sozialdemokraten in Bonn zu einer konzertierten Aktion zugunsten aller Deutschen aufgerufen, die in Zukunft als Aussiedler aus den Staaten des Ostblocks oder als Zuwanderer oder Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Binnen kürzester Frist hat dieser SOS-Ruf zu einem Deutschland-weiten Echo geführt. Noch zu keiner Zeit vorher hat es jemals so positive Reaktionen gegeben. Bundesregierung, Bundes- und Landesministerien, Bundesverwaltungen, Kirchen, DRK, Sport- und Wohlfahrtsorganisationen, um nur einige zu nennen, fühlten sich angesprochen und wurden ihrerseits aktiv.

Es entstand eine Solidarität, wie sie Sozialdemokraten immer verstanden haben und auch in Zukunft verstanden wissen wollen. Zwischenzeitlich hat die Bundesregierung in allen nur denkbaren Fragen die materiellen Voraussetzungen geschaffen, um eine schnellstmögliche Eingliederung zu verwirklichen.

Die Schwerpunkte der zu treffenden Maßnahmen lagen und liegen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Schaffung von Wohnraum und Gewährung von billigen Einrichtungsdarlehen,
- Überwindung der Sprachschwierigkeiten durch großzügige Sprachförderungsmaßnahmen auch für Aussiedler, die keine Berufstätigkeit anstreben, wie zum Beispiel Hausfrauen und ältere Neubürger,
- Beschleunigung und Vereinfachung der Anerkennung von Ausbildungsgängen und Befähigungsnachweisen,
- qualifikationsgerechte Vermittlung von Arbeit und Beratung durch Fachkräfte, die mit den Problemen der Aussiedler vertraut sind,
- Hilfen zur Gründung von selbständigen Existenzen,
- besondere Maßnahmen zur gesellschaftlichen Eingliederung jugendlicher Aussiedler,
- verstärkte individuelle Betreuung in den Familien, insbesondere durch Vermittlung von Patenschaften durch Einzelpersonen, Familien, Verbände, Parteien und Organisationen,
- Weckung von Verständnis für die Probleme und die besondere Lage der Aussiedler in der Öffentlichkeit.

Dabei bedarf die Betreuung von jugendlichen Aussiedlern und Zuwanderern besonderer Aufmerksamkeit und individueller Behandlung; sie wird

16. Mai 1977

im großen Umfang von den in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden 115 Jugendgemeinschaftswerken durchgeführt. Diese haben die Aufgabe, Hilfen zur gesellschaftlichen, beruflichen und schulischen Eingliederung zu geben. Jährlich werden bisher ca. 18.000 junge Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren durch individuelle Beratung, Eingliederungskurse, sprachlich schulende Kurse und Freizeiten - diese zusammen mit einheimischen Jugendlichen - betreut. In den kommenden Jahren werden wegen des erwartenden hohen Anteils junger Menschen an der Aussiedlung voraussichtlich 10.000 junge Aussiedler - gegenüber jährlich 5.000 in den vergangenen Jahren - von den Jugendgemeinschaftswerken neu aufgenommen.

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit des Bundestages hat am 4. Mai für 1977 wiederum fünf Millionen DM zur Verfügung gestellt, obwohl alle Abgeordneten einmütig der Auffassung waren, daß höhere Zuschüsse erforderlich seien.

Über 50 Millionen DM Einrichtungsdarlehen sind von Oktober 1976 bis jetzt an Aussiedler und Zuwanderer gezahlt worden.

Zwischenzeitlich sind - endlich - ausgezeichnete Broschüren in deutsch/polnisch und deutsch/russisch vom Bundesministerium des Innern herausgegeben worden. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat in deutsch/polnischer Sprache "Starthilfen des Arbeitsamts für Aussiedler" veröffentlicht. Die neueste Information stammt vom Bundeswirtschaftsministerium und behandelt "Die Anerkennung von Aussiedlerzeugnissen" sowie die "Eintragung von Aussiedlern in die Handwerksrolle".

Trotzdem vergeht kein Tag im Bundeshaus, wo nicht Aussiedler, Wohlfahrtsorganisationen usw. anfragen, wie sie "dies und jenes anfangen sollen".

Dabei kommt es oft auf materielle Fragen an, die es zu beantworten gilt. Wenn man aber draußen vor Ort mit Aussiedlern spricht, ist es noch wichtiger, ihnen die menschliche - sprich gesellschaftliche - Eingliederung zu erleichtern. Dazu kann jeder beitragen, insbesondere die vielen sozialen Einrichtungen, Organisationen und Verbände in unserem State. Leider herrscht dort sehr oft noch große Unkenntnis, die es zu beheben gilt.

Leitmotiv der künftigen Arbeit sollte deshalb sein, was das Bundeskabinett anlässlich der Verabschiedung des Eingliederungsprogramms am 12. Mai 1976 beschlossen hat:

"Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß eine schnelle und vollständige Eingliederung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Bevölkerung die Aussiedler mit Verständnis und Hilfsbereitschaft als willkommene Bürger aufnimmt. Die Bundesregierung appelliert an alle Bürger in diesem Lande, hierbei mitzuhelfen, wann immer sich dazu eine Möglichkeit ergibt. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, daß einheimische Familien Patenschaften für Aussiedler übernehmen, um diesen das Einleben in der neuen Heimat zu erleichtern."

Darum geht Hilfe für Aussiedler alle Deutschen an!
(-/16.5.1977/ka/lo)

+ + +

Vertrauensarbeit in der Bildungspolitik

Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich gegründet

Drei Tage lang diskutierten Sozialdemokraten in Freiburg bildungspolitische Themen. Kein alltäglicher Vorgang in einer Zeit, in der es den Anschein hat, daß Bildungspolitik nicht mehr so gefragt ist wie etwa noch vor einigen Jahren.

In Freiburg konstituierte sich die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AFB), eine Arbeitsgemeinschaft, die sich als Lobby zur Durchsetzung sozialdemokratischer Reformvorhaben im Bildungsbereich versteht. Eine Arbeitsgemeinschaft, die nicht im herkömmlichen Sinne Interessenvertretung ist, in der nicht nur "Bildungspolitiker" nach altem Muster ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchen. Und hier ist das Novum: Eltern und Schüler, Lehrer und Sozialarbeiter, Studenten und Hochschullehrer haben sich zusammengefunden, um über die AFB eine neue bildungspolitische Offensive zu starten und ernst zu machen mit einer Vertrauensarbeit für die SPD, wie sie im Orientierungsrahmen '85 beschlossen wurde.

Dazu gehört selbstverständlich auch eine Bestandsaufnahme, die in einer offenen Selbstkritik in Freiburg vorgenommen wurde. Erfreulich, in welcher Nüchternheit man eigene Fehler eingestand, die in den letzten Jahren gemacht wurden, mit welcher Schärfe man analysierte, wo die Ursachen dafür liegen, daß aus einer bildungspolitischen Reformeuphorie häufig Resignation geworden ist.

Einig war man sich in Freiburg, daß in der Bildungspolitik noch viel Arbeit zu leisten ist, um die Gleichheit der Chancen - nach wie vor vorrangiges sozialdemokratisches Ziel - herzustellen. Einig war man sich auch, daß Bildungspolitik nicht am Reißbrett ohne Rückkoppelung zu den Betroffenen konzipiert werden darf. Bildungspolitik muß stärker als bisher als Vertrauensarbeit verstanden und bürgernah praktiziert werden. Der Dialog mit Eltern, Schülern und Lehrern muß vorangetrieben werden. Nur wenn es gelingt, breite Schichten der Bevölkerung von der Notwendigkeit sozialdemokratischer Reformvorhaben im Bildungsbereich zu überzeugen, können sie auch, Schritt für Schritt, durchgesetzt werden.

Freiburg war ein guter Anfang, hier verstärkt anzusetzen. Dieser Weg muß fortgesetzt werden und bedarf der Unterstützung aller Sozialdemokraten. Mit der bundesweiten Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich ist die Chance gegeben, in der Bildungspolitik wieder in die Offensive zu gehen. Diese Chance muß genutzt werden. Freiburg darf keine Eintagsfliege bleiben. Jetzt sind die Bezirke und Unterbezirke gefordert, auch ihren Beitrag zur Vertrauensarbeit im Bereich der Bildungspolitik zu leisten. Willy Brandt fand in Freiburg ungeteilten Beifall, als er feststellte: "Gerade die Bildungspolitik ist ein Feld, auf dem Vertrauensarbeit und Bürgernähe im Test der praktischen Erprobung stehen."

Gode Japs
(-/16.5.1977/ks/10)